

Konsequenzen aus Dioxin-Skandal endlich ziehen - Ökologische Agrarwende und neues Kontrollsystem vorantreiben!

12 Punkte für einen besseren Verbraucherschutz

Der aktuelle Dioxin-Skandal zeigt einmal mehr die Notwendigkeit einer grundsätzlichen **Neuausrichtung der Agrarpolitik** hin zu einer fairen, bäuerlichen, tier- und umweltgerechten sowie vor allem bodengebundenen Tier- und Lebensmittelproduktion. Das immer größer werdende Ausmaß der Dioxinbelastung und die monatelang unbemerkte Vergiftung von Verbraucherinnen und Verbrauchern mit Produkten aus der Massentierhaltung zeigen, dass die Agrarindustrie ihre selbstproduzierten Risiken nicht in den Griff bekommt.

Neben kriminellem Handeln und Kontrolldefiziten ist Mitursache für den Skandal die von der Landesregierung mit zahllosen Subventionen und Erlassen unterstützte industrielle Billigproduktion. Diese setzt in immer größer werdenden Tierfabriken z. B. für Hühner und Schweine auf zu 100 % industriell und mit zahllosen Zusatzbestandteilen hergestelltes Fremdfutter. Dieser **Abschied von der bodengebundenen Tierhaltung** hin zur industriellen Agrarproduktion und dem weltweiten Handel von Futtermittelbestandteilen in einem verzweigten und undurchschaubaren Netz ist eine Mitursache der zunehmenden Lebensmittelskandale.

Eine Agrarwende zu einer sozial gerechten Qualitätslandwirtschaft mit fairen Preisen und hohen Umwelt-, Tierschutz- und Verbraucherschutzstandards ist überfällig. Das staatliche Kontrollsystem und die Eigenkontrollen der Wirtschaft haben im aktuellen Dioxin-Skandal deutlich versagt.

Die GRÜNEN im niedersächsischen Landtag haben ein 12-Punkte Programm für einen besseren Verbraucherschutz verabschiedet:

1. **Amtliche Kontrollen** in der Futtermittelbranche müssen quantitativ und qualitativ **deutlich ausgeweitet** werden. 14 staatliche Prüfer und 165 Dioxinproben im Jahr sind bei 50.000 Betrieben deutlich zu wenig. Die Vorproduktion in der Erzeugungskette muss stärker in den Blick genommen und Ergebnisse sofort veröffentlicht werden. Private Labore müssen zur Meldung aller futter- und lebensmittelrelevanten Kontrollergebnisse an staatliche Stellen verpflichtet werden.
2. Der Verbraucherschutz in Niedersachsen muss oberste Priorität bekommt. Das heißt, bei begründetem Verdacht müssen auch vor dem Vorliegen endgültiger Messergebnisse möglicherweise belastete Lebensmittel aus dem Handel genommen, die Verbraucher gewarnt und **betroffene Betriebe verbindlich gesperrt werden**. Erst wenn klar ist, dass Lebensmittel definitiv nicht belastet sind, dürfen sie in den Handel.
3. Das Verbraucherschutzinformationsgesetz muss in Richtung zu mehr Transparenz dringend novelliert wird und dabei klare Rechtsgrundlagen für die verbindliche zeitnahe Veröffentlichung und Weitergabe von Untersuchungsergebnissen, betroffenen Waren und Betrieben sowie sonstigen behördlichen Erkenntnissen geschaffen werden. Ziel muss es sein, bei Verbraucherschutzverstößen **Namen der Verursacher** und potenziell betroffene Chargen allgemeinverständlich und **umgehend zu veröffentlichen**.

4. Damit die Landwirte nicht auf den Kosten der Verunreinigung sitzen bleiben, muss es eine **verpflichtende Haftungsregelung für Futtermittelhersteller** geben. Dieser von der Agrarindustrie gespeiste Fonds muss für entstandene Schäden einspringen.

5. Technische Fette dürfen unter keinen Umständen in die Lebensmittelkette gelangen. Dazu müssen Unternehmen, die Futterfette herstellen oder diese verkaufen, strikt von Unternehmen getrennt werden, die technische Fette handeln. Eine **klare Trennung der Produktströme** muss dafür sorgen, dass Vermischungen, ob gewollt oder versehentlich, verhindert werden.

6. Unternehmen, die Futterfette herstellen oder mit diesen handeln, müssen in der Zukunft einer eigenen behördlichen Zulassung unterliegen. Mit dieser Zulassung müssen klare Verpflichtungen und eine **Eignungsprüfung** (Zuverlässigkeit, Qualifikation, Schulung) des Futtermittelunternehmers verbunden sein.

7. Eine **Positivliste** für Futtermittel muss verbindlich vorgeschrieben werden. Darin sollen alle Stoffe aufgeführt werden, die in der Tierfütterung eingesetzt werden dürfen. Andere Zusätze sind damit zu verbieten.

8. Eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Bundesländern, Bund, EU und Kommunen bei der Lebens- und Futtermittelüberwachung ist notwendig. Informationen müssen auch bei unterschiedlicher Risikoeinschätzung verbindlich, unverzüglich, vollständig und umfassend weitergeleitet werden.

9. Regionale, in der gesamten Kette weitgehend selbst erzeugte Produkte sollen stärker gefördert werden. **Regional, auf kurzen Wegen vermarktete Produkte** ermöglichen mehr Transparenz und Vertrauen und leisten einen Beitrag zur nachhaltigen Ernährung.

10. Die **Ökolandwirtschaft** muss stärker gefördert werden, da sie durch **geschlossene Kreisläufe**, transparente Erzeugung, verbrauchernahe Vermarktung und strenge Kontrollen gekennzeichnet ist.

11. Eine bodengebundene Tierhaltung muss in der Landwirtschaft wieder die Regel wird. Nur **Betriebe, die ihr Futter überwiegend selbst erzeugen**, bekommen, im Unterschied zu gewerblich-industriellen Betrieben, die Privilegierung und Förderung als landwirtschaftlicher Betrieb.

12. Die Erzeugung eigener Futtermittel in Niedersachsen soll stärker gefördert werden. Mit einer **eigenen Futtermittelstrategie** sollte das Land insbesondere die Grünlandnutzung und Förderung des Anbaus eiweißreicher Futtermittel in Niedersachsen verstärken.

Der Dioxin-Skandal zeigt die Notwendigkeit eines grundlegenden Umsteuerns in der Lebensmittelerzeugung, weg von der industriellen Massenproduktion hin zur ökologischen, bodengebundenen und für alle Beteiligten fairen und transparenten Erzeugung.

Verbrauchertips:

Bio-Eier (erkennbar an der „0“ als erster Nummer der aufgedruckten Kennung) sind ebenso wie Bio-Fleisch (erkennbar an Biosiegeln) vom aktuellen Dioxin-Skandal nicht betroffen.

Eine Übersicht, in welchen Lebensmitteln Dioxin gefunden wurde, findet man auf der Homepage der Verbraucherschutzzentrale Hamburg: <http://www.vzhh.de>